

# RS OGH 1993/8/11 9ObA133/93, 8ObA50/06w, 8ObA29/17y

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 11.08.1993

## Norm

ABGB §879 CIIo1

ABGB §1152 D

BPG §18

GleichbehandlungsG allg

## Rechtssatz

Die Betriebsparteien sind schon vor Inkrafttreten des GleichbehandlungsG sowie des BPG zufolge ihrer mittelbaren Bindung an den verfassungsrechtlichen Gleichheitssatz verpflichtet gewesen, die sachlich nicht (mehr) gerechtfertigte Differenzierung in der Ausgestaltung der Versorgung der Hinterbliebenen männlich und weiblicher Dienstnehmer zu beseitigen. Da die Berufung auf den Verstoß gegen die guten Sitten nicht nur bewirken kann, dass ein "an sich" gegebenes Recht ignoriert, sondern auch, da "an sich" nicht bestehende Recht zuerkannt werden, ist entsprechend dem Schutzzweck der verletzen Norm eine das Gleichheitsgebot nicht verletzende Hinterbliebenenpension zuzuerkennen.

## Entscheidungstexte

- 9 ObA 133/93  
Entscheidungstext OGH 11.08.1993 9 ObA 133/93
- 8 ObA 50/06w  
Entscheidungstext OGH 21.09.2006 8 ObA 50/06w  
Vgl; Beisatz: § 18 Abs 1 BPG wird grundsätzlich als Ausformulierung des allgemeinen arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes verstanden. (T1)
- 8 ObA 29/17y  
Entscheidungstext OGH 29.11.2017 8 ObA 29/17y  
Auch; Beis wie T1

## Schlagworte

Arbeitnehmer

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1993:RS0038343

## Im RIS seit

15.06.1997

## Zuletzt aktualisiert am

20.02.2018

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)